

Editorial

Neues Logo und neues Motto

Chancen Ü50

Mit der Anpassung des Corporate Design an den Auftritt der FDP wollen wir Liberalen Senioren NRW auch optisch frischer und dynamischer erscheinen.

Mit dem neuen Motto: „Chancen Ü50“ soll deutlich werden, wofür die Liberalen Senioren stehen. Wir wollen dazu beitragen, eine Gesellschaft der Chancen ohne Altersgrenzen zu schaffen. Um das verwirklichen zu können, müssen wir wachsen. Sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Was bedeutet das? Zuerst einmal müssen wir neue Mitglieder werben, damit wir auch untereinander in NRW Kontakt halten können. Wir müssen die weißen Flecken auf der Landkarte beseitigen. Nur so werden wir das nötige Gewicht haben, um in der Partei und in der Gesellschaft unsere Positionen durchzusetzen. Und hier beginnt das qualitative Wachstum. Wir müssen klare und gerne auch strittige Positionen beschreiben und für diese eintreten. Hier ist zunächst der Landesvorstand gefragt. Aber wir brauchen auch Anregungen und Ideen von den Mitgliedern. Schreiben Sie uns, wenn Sie sich ärgern, über uns im Landesvorstand, über Zustände in ihrer Gemeinde oder in der Gesellschaft. Alles ist gewünscht.



Peter Schröder
Landesvorsitzender
Liberaler Senioren

Terminservicestellen: Wenig Nachfrage – viel Bürokratie

Gesetzlich Versicherte sollen künftig innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin erhalten – so stand es im Koalitionsvertrag der Großen Koalition, und so hat es der Deutsche Bundestag im vergangenen Jahr beschlossen. Aller in der Diskussion vorgetragene Einwände zum Trotz wurden die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Mitte 2015 gesetzlich dazu verpflichtet, dieses Versprechen umzusetzen: Durch die Einrichtung sogenannter Terminservicestellen in jeder KV-Region. Diese sind seit dem 26.01.2016 bundesweit in Betrieb – auch in Nordrhein, wo sich Versicherte telefonisch an die betreffende Servicestelle wenden können.

Dabei ist der Anspruch des Versicherten auf Vermittlung eines Termins klar definiert: Der Anspruch auf einen Facharzttermin innerhalb von vier Wochen gilt nur, wenn eine „dringliche Überweisung“ vorliegt. Er gilt dagegen nicht für Routineuntersuchungen oder Bagatellerkrankungen. Die medizinische Einschätzung der Dringlichkeit obliegt allein dem überweisenden Arzt, in der Regel dem Hausarzt. Ausnahmen sind Termine bei Augen- oder Frauenärzten, für die keine Überweisung notwendig ist. Klar ist aber auch: Bei der Vermittlung durch die Terminservicestellen gibt es keine freie Arztwahl, sprich keinen Termin beim „Wunscharzt“. Zudem muss der Patient gegebenenfalls einen gewissen Anfahrtsweg zum Facharzt in Kauf nehmen. Diese Einschränkungen zeigen, dass der Gesetzgeber zumindest erkannt hat, dass Terminservicestellen allein keine wundersame Vermehrung freier Facharztkapazitäten mit sich bringen.

Kann die Servicestelle einen Facharzttermin nicht innerhalb von vier



Dr.med. Peter Potthoff, Mag. iur.

Wochen vermitteln, muss sie dem Patienten einen ambulanten Termin in einem geeigneten Krankenhaus anbieten. Die dort gewährte Behandlung wird aus dem Honorar topf der ambulant tätigen Fachärzte bezahlt. Angesichts jüngster Klagen der Krankenhäuser über die hohe Auslastung ihrer Ambulanzen muss die Frage erlaubt sein, ob die Politik bei ihrem Beharren auf die Terminservicestellen – und der Rolle, die sie dabei den Krankenhäusern zugedacht hat – die Versorgungsrealität in Deutschland tatsächlich im Blick hatte.

Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie die Kassenärztlichen Vereinigungen standen den Terminservicestellen von Anfang an kritisch gegenüber. Warum?

Erstens, weil wir aus unserer Erfahrung wissen, dass Patientinnen und Patienten mit akuten Beschwerden und Erkrankungen vor allem durch kollegiale Vermittlung

bzw. Ansprache in den meisten Fällen zeitnah einen Facharzttermin erhalten.

Zweitens, weil Befragungen der GKV-Versicherten wiederholt gezeigt haben, dass es in Deutschland kein drängendes und flächendeckendes Problem mit Wartezeiten für Arzttermine gibt. So gaben in der jüngsten Versichertenbefragung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung mehr als 60 Prozent der Befragten an, innerhalb von drei Tagen einen Termin bei ihrem Wunscharzt zu erhalten; nur jeder zehnte Patient erachtete seine Wartezeit als zu lang. Dieser Befund wird auch von internationalen Quellen bestätigt, beispielsweise von der OECD: Während der Anteil der Patienten, die hierzulande zwei Monate oder länger auf einen Termin warten müssen, nur bei fünf Prozent liegt, beträgt er in Großbritannien 19 Prozent und, Frankreich, Schweden und Norwegen etwa 30 Prozent.

Für wenige, besondere Untersuchungen, in denen wir tatsächlich erhebliche Wartezeiten beobach-

ten, sind diese durch echte Kapazitätsengpässe verursacht. Dagegen helfen dann auch keine Terminservicestellen.

Als Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein haben wir immer wieder deutlich gemacht, dass wir die Einrichtung einer Termin-Servicestelle für nicht erforderlich halten. Gleichwohl haben wir die Vorgaben des Gesetzgebers umgesetzt; mit dem Ziel das Serviceangebot für die Patientinnen und Patienten so effizient und unbürokratisch wie möglich zu gestalten.

Zwischenzeitlich haben die Terminservicestellen ihren Betrieb aufgenommen. Wir können also eine erste Zwischenbilanz ziehen: In der ersten Woche nach ihrem Start vermittelten die Terminservicestellen bundesweit rund 1.300 Termine, gut 20 Prozent davon in Nordrhein. Die Kassenärztlichen Vereinigen haben also geliefert, mancher Skepsis zum Trotz! Gleichzeitig ist die Zahl der Anfragen nahezu in allen Bundesländer deutlich unter dem erwarteten Niveau geblieben; und das unmittelbar nach dem mit

großem Medieninteresse begleiteten Start der Terminservicestellen. Verstetigt sich diese Entwicklung, bestätigt sich unsere Einschätzung, dass es sich bei den Terminservicestellen um ein unangemessen aufwändiges Verfahren handelt, welches am Ende nur ein sehr kleiner Teil der GKV-Versicherten nutzen wird. Auch vor diesem Hintergrund hätte ich mir mehr Vertrauen in die ärztliche Selbstverwaltung gewünscht, die aus ihrer Erfahrung heraus ein wesentlich schlankeres, aber ebenso geeignetes Instrument vorgeschlagen hatte. Stattdessen hat die Große Koalition einen weiteren Beitrag zu den viel zu hohen Bürokratiekosten im ambulanten Sektor geleistet, der sich nach den jüngsten Berechnungen des Normenkontrollrates bundesweit bereits auf sagenhafte 4,3 Mrd. Euro jährlich beläuft.

Dr.med. Peter Potthoff, Mag. iur.
Vorsitzender des Vorstands der
KV Nordrhein

Was sind die Ursachen für den Aufstieg der Populisten?

Der Aufstieg hat bekannte Ursachen:

- Der technologische Wandel (Hauptursache in ganz Europa);
- gefolgt von Deindustrialisierung in den alten Industrieländern und Verlagerung in verlängerte Werkbanken (Hauptursache Großbritannien)
- gefolgt von Langzeitarbeitslosigkeit (Schwerpunkt in Frankreich und Spanien)
- schwache Lohnentwicklung in unteren und mittleren Einkommensschichten in ganz Europa
- kalte Progression als statistisches Artefakt und damit Lohnverlust für die Mittelschicht (durch ein undurchsichtiges Steuersystem vor allem in Deutschland)
- der umfassende Bedeutungsverlust der Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung (ganz Europa)
- starke Einwanderung von Armutsmigranten, verbunden mit einer mangelhaften Integration, die aber von den Regierenden sehenden Auges ignoriert wurde (Frank-

reich und vor allem Schweden)

- die gewachsene Bedrohung durch islamische Terroranschläge (ganz Europa)

All dies führt zu Gefühlen der Entfremdung und Angst - zum Gefühl fremd im eigenen Land zu sein. Die Populisten - sowohl am rechten als auch am linken Gesellschaftsrand - greifen dies auf und bieten in ihren Programmen die Ablehnung der offenen Gesellschaft und von allem Fremden. Sie offerieren einen starken autoritären Nationalstaat, der die nationalen Probleme auf jeden Fall besser lösen sollte als die EU. Werden dadurch die strukturellen Probleme weniger oder können sie national gelöst werden? Mit Sicherheit nicht. Welche Lösungsansätze bieten sich uns? Bürgerliche Politiker der Mitte wie der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy oder führende britische Tories versuchen durch Mimikry die aufstrebenden rechten Nationalpopulisten überflüssig zu machen - in Form von



Dr. Wolfgang Allehoff

Bekämpfen durch Nachahmen der nationalistischen Parolen. Auch davon halte ich nichts. Wir Liberalen wollen weder eine Verteufelung der Populisten noch die Kapitulation vor ihnen. Wir wollen die sportliche Auseinandersetzung mit ihnen. Denn wenn sie

sich an rechtsstaatliche Prinzipien halten und Missstände schlechter Regierungsführung aufdecken, die von den etablierten Parteien verdrängt werden, sind sie im demokratischen Prozess absolut hilfreich.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban hat mit seinem Spruch, dass wir kein europäisches Migrantensproblem hätten, sondern ein deutsches, auch deshalb so viel Zu-

stimmung erhalten, weil er den Kern des Problems trifft. Ungeschickte Äußerungen der Kanzlerin haben zu einer Sogwirkung geführt.

Für Deutschland gilt; die Parteien der GroKo und Intellektuelle sowie große Teile der Presse ignorieren systematisch die Sorgen der Bevölkerung bezüglich Einwanderung, nationaler Identität und wirtschaftlichen Umverteilungswir-

kungen – insbesondere im Osten der Republik.

Den Rechtspopulisten fällt es vor dem Hintergrund der Euro-Krise leicht, die EU als Prügelknaben hinzustellen. Hat doch die desolote Situation auch mit Versäumnissen der politischen Elite in dieser EU zu tun.

Dr. Wolfgang Allehoff, Vorsitzender
Liberaler Senioren Baden Württemberg

Integration, gesteuerte Einwanderung und ein handlungsfähiges Europa

Weltweit sind rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht, von denen viele nach Europa kommen. Der Zerfall der regionalen Ordnung im Nahen und Mittleren Osten durch Krieg, Bürgerkrieg, durch extremistische Tendenzen und totalitäre Regime nehmen den Menschen jede Perspektive, bedrohen Leib und Leben.

Für Deutschland und Europa steht in dieser Situation viel auf dem Spiel. Die Freizügigkeit als eine der wesentlichen Freiheitsrechte in der Europäischen Union, die offene, plurale Gesellschaft und die Solidarität aller Mitgliedsstaaten sind zu verteidigen - gegen das Erstarren von Rechtspopulismus und Extremismus oder zunehmende Renationalisierungstendenzen.

Die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit hat fünf liberale Thesen zur Flüchtlingspolitik herausgegeben, die wir nachstehend in verkürzter Form auführen:

1. Konfliktregelungsplan für Syrien entwickeln

Hier bedarf es aller Anstrengungen zur Entwicklung eines Konfliktregelungsplanes und zwar unter Einbeziehung der Regionalmächte und Russlands.

2. Die Offene Gesellschaft verteidigen

Unsere Verfassung misst dem Grundrecht auf Asyl als individuellem Anspruch für politisch Verfolgte einen hohen Stellenwert zu. Für Bürgerkriegsflüchtlinge und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention wird ein zügiges vereinfachtes Verfahren gebraucht. Für unser Zusammenleben sind Maß-

stab die im Grundgesetz verankerten freiheitlichen Werte.

3. Integrationsstrukturen schaffen

Sprachkurse und Kurse zu Wertevorstellungen, Traditionen und Geschichte Deutschlands müssen angeboten werden – und den Flüchtlingen muss klar sein, dass eine regelmäßige und engagierte Teilnahme verpflichtend ist. Flüchtlingskinder sind in unser Schulsystem zu integrieren.

Das Kooperationsverbot darf den Bund hier nicht hindern, zielgerichtet Hilfe zu leisten.

Schnelle Arbeitsaufnahme
Flüchtlinge sollen arbeiten dürfen.
Vor-Ort-Lösungen stärken
Die finanziellen Mittel, die der Bund den Kommunen zur Verfügung stellt, sollten direkt bei den Kommunen ankommen.

4. Einwanderung steuern

Einwanderungsgesetz schaffen

Auch in Deutschland wird ein Einwanderungsgesetz gebraucht. Das schließt Möglichkeiten für einen Wechsel der bereits angekommenen und dann integrierten Flüchtlinge in die Arbeitsmigration ein.

Europäische Außengrenzen sichern

Entscheidend auf europäischer Ebene ist die Durchsetzung vereinbarter Regeln. Europas Außengrenzen müssen gesichert werden, um die Zahl der insgesamt in die EU drängenden Menschen auf diejenigen zu begrenzen, die Anspruch auf Schutz haben.

Geordnete und zügige Verfahren in Deutschland

Anträge für Migranten aus sicheren Herkunftsländern sollten so früh und schnell wie möglich bearbeitet werden. Für Bürgerkriegsflüchtlinge wird ein zügiges vereinfachtes Verfahren gebraucht, das zu einem befristeten Aufenthaltsrecht führt (vorläufiger humanitärer Schutz).

5. Die Gesamtsituation im Blick behalten

Wohnungsbau

Alle rechtlichen und tatsächlichen Hemmnisse für mehr Wohnungsneubau sind zu beseitigen. In gewissem Umfang werden die Kommunen in den sozialen Wohnungsbau einsteigen müssen.

Famliennachzug

Der Familiennachzug sollte grundsätzlich an das Erreichen bestimmter Integrationsziele geknüpft werden und davon abhängig sein.

Finanzielle Leistungen

Selbstverständlich haben Flüchtlinge ein Anrecht auf Sicherung ihres Existenzminimums. Es sollten alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, die Leistungen für Flüchtlinge anzupassen. Denkbar wäre, zum Beispiel eine Rückzahlungspflicht – ähnlich wie beim BAFÖG, zu schaffen.

Den ausführlichen Originaltext finden Sie unter:

www.freiheit.org/content/fuenf-liberale-thesen-zur-fluechtlings-politik

Rheinild Sachtleben



Foto: BAGSO/Hemmerich

Die „Ü-100-Party“

Zu den Gästen des 11. Deutschen Seniorentages, der vom 02.-04. Juli 2015 in Frankfurt stattfand, zählten drei 100-jährige Frankfurterinnen. Trotz Temperaturen von etwa 38 Grad Celsius hatten Liesel Verleger, Stefanie Kahl und Ruth Remus den Weg in die Messehallen gefunden. Bei einem lebhaften Kaffeetrinken wurden 300 Jahre gelebte Geschichte ausgetauscht. Jede der drei Damen verriet ihr Motto für ein glückliches Leben:

Liesel Verleger meinte: *„Leb‘ unvoreingenommen in den Tag hinein.“*

Stefanie Kahl nannte ihre Devise: *„Mach was du willst, mach dir nichts vor! Tu was du willst, aber tu dir nicht leid!“*

Ruth Remus verriet folgendes Rezept: *„Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner.“*

Rheinild Sachtleben

Bargeld ist Freiheit

Eine Bargeldobergrenze hilft nicht bei der Bekämpfung von Verbrechen. Der Zwang zu elektronischem Zahlungsverkehr würde in Zukunft alle Zahlungsströme digital dokumentierbar machen. Menschen, die Gesetze brechen wollen, würden sich niemals an die Obergrenze halten sondern andere Wege finden.

Daher:

Finger weg von unserem Bargeld!

Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand in Siegburg

Die Mitgliederversammlung hat am Samstag, d. 5.3.2016 in Siegburg ihren neuen Landesvorstand gewählt. Landesvorsitzender wurde der Siegburger Peter Schröder, der bisher stellv. Vorsitzender war. Schröder erklärte nach der Wahl des Vorstandes, dass er mit diesem Team eine Kombination aus Erfahrung und Erneuerung habe. Er wies darauf hin, dass die Liberalen Senioren NRW in Zukunft durch klare Positionierung sowohl in der FDP wie auch in der Öffentlichkeit ein größeres Gewicht bekommen müsse.

In den Vorstand wurden neben Peter Schröder aus Siegburg folgende Personen gewählt:

Stellvertreter: Karlheinz Busen, MdL aus Gronau und Heinz K. Hadamik aus Neunkirchen-Seelscheid; Schatzmeister Hans Jürgen Allendörfer aus Schwerte, Schriftführerin Rosemarie Benn aus Neunkirchen-Seelscheid. Als Beisitzer komplettieren den Vorstand: Max Marnet aus Kaarst, Karla Matussek aus Schwerte, Rheinild Sachtleben aus Königswinter, Volkmar Schrimpf aus Ratingen, Manfred Todtenhausen aus Wuppertal, Uwe J. Tönningsen aus Münster.



Nachruf auf Dr. Guido Westerwelle

Die Liberalen Senioren NRW trauern um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle, der am 18. März 2016 im Alter von 54 Jahren den Kampf gegen die Leukämie verloren hat. Er verstarb in der Uni-Klinik Köln. In seinen vielen Funktionen war er eine prägende Gestalt der deutschen Politik, stets fair und stilvoll, eine charismatische Persönlichkeit, ausgestattet mit hervorragenden analytischen und rhetorischen Fähigkeiten. Beim 51. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP vom 16.-17. Juni 2000 in Nürnberg wurde auf seine Initiative und in seiner Zeit als FDP-Generalsekretär der Antrag zur Gründung der Liberalen Senioren gestellt.



Auf der Gründungsversammlung am 3. März 2001 in Stuttgart hielt Dr. Westerwelle, MdB eine mit viel Beifall bedachte Rede zur Gründung und zum Thema Senioren in unserer Gesellschaft. „Senioren machen in der FDP Politik mit Senioren und für Senioren und sind kein sozialpolitisches Feigenblatt“. Wir sind sehr traurig, dass dieser geradlinige, offene und warmherzige Politiker so früh abberufen worden ist. Er wird seinen Angehörigen und uns allen in der FDP-Familie fehlen.

Rheinild Sachtleben

Impressum:

Sprachrohr – Mitgliederzeitung der LIBERALEN SENIOREN NRW
Wird von den Liberalen Senioren NRW herausgegeben.
Anschrift: Liberale Senioren NRW, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf
Tel: 0211-497090 · Fax: 0211-4970950
Email: info@liberale-senioren-nrw.de · www.liberale-senioren-nrw.de
Erscheinungsweise: unregelmäßig, ca. 4 mal im Jahr
Redaktion: Rheinild Sachtleben, Peter Schröder, Volkmar Schrimpf
Druck: flyeralarm

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Autoren sind im Sinne des Presserechts für den Inhalt selbst verantwortlich. Nachdruck von Beiträgen aus dem Sprachrohr gegen Quellenangabe und Belegexemplar ist kostenfrei gestattet.